(Zweites Blatt.)

Thorner Zeitung.

Nr. 139 | Dienstag, den 17. Juni | 1902

Neue Nachrichten.

Berlin, 15. Juni. Friedrich Goldschmidt, Generaldirektor der Brauerei Patzenhofer und Bruder des bekannten Prof. Goldschmidt am Friedrich-Gymnasium, starb am Herzschlage in Marienbad. Er war bis 1893 freisinniger Vertreter des Wahlkreises Liegnitz. Bei der Trennung der Partei schloß er sich der Vereinigung an

Görlitz, 15. Juni. Ungeheures Aufsehen erregt die in Karlsbad erfolgte Verhaftung des hochangesehenen Polizeikommissars Holdgrün von hier wegen schwerer Diebstähle.

Beuthen O.-Schl., 15. Juni. Der Häuslersohn Oczipka, der den Förster Liermann aus Rache meuchlings erschossen hatte, wurde vom Scharfrichter Schwietz aus Breslau enthauptet.

Mannheim, 15. Juni. Die Landwirtschaftsausstellung schloß mit einem sogenannten Fehlbetrag von 150 000 M. ab.

Ludwigshafen, 15. Juni. An dem Neubau des Gutenberg-Schulhauses stürzte beim Aufwinden einer Schiene ein Gerüst ein. 5 Arbeiter stürzten in die Tiefe und erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Einer starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Nächsten Morgen als man mit dem Befestigen des schadhaften Gerüstes beschäftigt war, brach es in sich noch einmal zusammen und riß 4 Arbeiter mit sich in die Tiefe. Zwei Arbeiter wurden schwer und zwei leicht verletzt. Man führt die Ursache des Unfalles auf mangelhafte Ausführung des Gerüstes zurück.

Köln, 15. Juni. Flüchtig geworden ist nach Unterschlagung von 5777 M. der 21 Jahre alte Postgehilfe Tentler.

Karlsruhe, 15. Juni. Der prakt. Arzt Dr. Schuberg hat sich mit Morphium vergiftet. Er lebte in Folge verunglückter Spekulationen in schlechten finanziellen und ehelichen Verhältnissen.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

89. Sitzung vom 13. Juni, 12 Uhr.

Kommissionsbericht über die Polenvorlage. Die Kommission beantragt unveränderte Annahme der Vorlage.

Graf **Kwilecki:** Daß das Deutschtum gefährdet ist, beruht auf Einbildung. Wir Polen stehen auf dem Boden der Loyalität. Wenn man gesagt hat, wir sollen Deutsche werden, so können wir nicht unsere Gesinnung wie einen Ueberzieher wechseln. Wenn die Polen sich im gesellschaftlichen Verkehr von den Deutschen abwenden, so liegt das meist daran, daß die Deutschen nicht polnisch sprechen. Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Städte in letzter Zeit in hohem Grade polonisiert sind, so kommt es daher, daß die polnischen Güter ausgekauft werden und die früheren Besitzer in die Städte ziehen. Redner führt Beschwerde darüber, daß die polnischen Soldaten in die Garnisonen anderer Provinzen geschickt werden, während man andererseits die polnischen Soldaten im Kriege in erster Linie ins Feuer geschickt habe. Wir sind Polen und wollen Polen bleiben. Wir Polen sind schließlich nicht auszurotten wie Ratten oder Kaninchen. (Heiterkeit.) Wenn man Beispiele anführt für die revolutionäre Gesinnung der Polen, so werden derartige Nachrichten vielfach verbreitet von Agenten vom Schlage Tausch.

Finanzminister Frhr. **v. Rheinbaben:** Daß die Militärverwaltung die polnischen Soldaten im Kriege in erster Linie ins Feuer geschickt hat, muß ich auf das Entschiedenste zurückweisen. Es kann das, was die polnische Presse an aufreizenden Artikeln sich geleistet hat, nur eine Nation von der Lammsgeduld der Deutschen ertragen. Ich bedauere, daß das Strafgesetzbuch keine Handhabe bietet, um jenen Leuten das Genick zu brechen. Jeden Tag wird Hochverrat gepredigt. Die Redakteure verstehen es allerdings, am Staatsanwalt vorbeizuschlüpfen, aber die Tendenz spricht Bände. Herr v. Kwilecki hat gemeint, die Gefährdung des Deutschtums sei Einbildung. Jeder aber, der die Verhältnisse kennt, muß die Richtigkeit dieser Auffassung bezweifeln. Man muß der Auffassung des Ministerpräsidenten beipflichten, daß die Verhältnisse des Ostens aufs äußerste gefährdet sind. Der Kampf fängt in der Schule beim Kindesbein an. Die Ehe eines Polen mit einer Deutschen wird in der polnischen Presse als Todsünde hingestellt. Es darf nur bei Polen gekauft werden. Aus der Geschichte eines Arztes aus Schwersenz habe ich gehört, daß die Deutschen von den Polen vollkommen boykottiert wurden, sodaß der deutsche Arzt und Apotheker sich zurückziehen mußten. Von den polnischen Vereinen werden die Pioniere der Polonisierung vorgeschickt: Aerzte, Apotheker, Rechtsanwälte u. s. w. Wenn Herr v. Kwilecki sagt: wir sind Polen und wollen Polen bleiben, so ist dagegen kein Einspruch zu erheben. Kein Mensch will den Polen ihre Muttersprache, ihre Religion und Tradition nehmen. Wir verlangen nur, daß sie sich als Deutsche fühlen. Sie können es jeden Tag in den Zeitungen lesen, daß die Polen die Absicht haben, daß die drei polnischen Bezirke Preußens, Rußlands und Oesterreichs zu einem Reich vereinigt werden. Statt der gewaltsamen Erhebung denkt man an eine allmählich aus sich selber herauswachsende Entwickelung, gegen die an sich nichts einzuwenden ist, wenn sie sich nicht feindselig gegen alles, was deutsch ist, verhielte. Wir wollen die deutsche Kultur in den preußischen Landesteilen erhalten. Wie verwahrlost waren die Landesteile, als sie von Friedrich dem Großen übernommen wurden. Friedrich der Große hat mit Bezug auf die Provinz Posen gesagt: „Man hat mir ein Stück Anarchie gegeben.“ Daraus haben wir eine Stätte blühenden Lebens gemacht. Was dort an Kultur geleistet worden ist, ist ein Werk allerersten Ranges.

Dr. **v. Dziembowski** betont, daß man bei den Versuchen, das Deutschtum in den Ostmarken zu heben, das Hauptgewicht auf die Schulen legen müsse. Gerade im Osten aber sind unsere Schulverhältnisse weit vom Normalen entfernt. Die Schulbezirke sind so groß, vor allem ist ein bedenklicher Mangel an Lehrern vorhanden. In der Kommission hat uns der Finanzminister eine Reihe von Zahlen angegeben über die großen Aufwendungen, die der Staat im Osten für die Schulen gemacht hat. Das klingt beinahe so, als ob er sagen wolle: er hätte nun genug für die deutsche Volksschule dort getan. Dem gegenüber weise ich auf die hohen Schullasten hin, welche die zum Teil sehr leistungsunfähigen Gemeinden im Osten zu tragen haben, die in einzelnen Gemeinden bis zu 500 pCt. erhöht sind. (Hört, hört!) Für die Schulhäuser müssen drückende Darlehen aufgenommen werden.

Kultusminister Dr. **Studt** weist darauf hin, daß die Unterrichtsverwaltung von jeher bestrebt gewesen sei, mit außerordentlichen Opfern und der größten Energie das gänzlich vernachlässigte Schulwesen in den Provinzen Westpreußen und Posen allmählich dem Stande in den übrigen Provinzen gleichzustellen. Im Etat für 1900 sind für die Bezirke Danzig und Marienwerder nicht weniger als 5½ Mill. Mk. ausgeworfen, für die Bezirke Posen und Bromberg 7½ Mill. M. Die Einkommensteuerleistung der betreffenden Provinzen steht hinter diesen Aufwendungen des Staates beinahe um das doppelte zurück. Selbst polnische Blätter geben zu, daß die polnische Bevölkerung in den preuß. Landesteilen sich eines ganz anderen Maßes von Gesittung und Wohlstand erfreut, wie in den übrigen Teilen des polnischen Reiches.

Graf **Mirbach:** Heute stände es anders um das Deutschtum im Osten, wäre seiner Zeit nicht die Polenpolitik des Fürsten Bismarck in geradezu verhängnisvoller Weise unterbrochen worden.

Frhr **v. Durant** bittet, zur Hebung des Deutschtums in Oberschlesien nicht den Religionsunterricht zu benutzen. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß nicht das demokratische Element in die oberschlesische Bevölkerung hineingetragen werde.

Oberbürgermeister **Bender**-Breslau: Die Polen haben es überall verstanden, ihren Einfluß geltend zu machen, namentlich auf kirchlichem Gebiet. Es ist erstaunlich, wie etwa von 1840 an bis in die 80er Jahre das Deutschtum ausgerottet ist. So sehr ich die Tendenz des Gesetzes billige, kann ich doch nicht wünschen, daß es zu einem Kampfgesetz werde. Wenn wir die Kluft zwischen Polen und Deutschen durch Aufreizungen der Leidenschaften immer tiefer machen, dann werden wir das Ziel, das die Vorlage verfolgt, nicht erreichen. Wir müssen vor allem das deutsche Kulturleben heben und dahin streben, daß die Deutschen liebenswürdiger gegen die Polen werden. Tatsachen, wie die Nichtbestätigung des Bürgermeister Herse in Posen, sind nur geeignet, einen Keil zwischen die Deutschen zu treiben und ihre Einigkeit gegenüber den Polen zu gefährden. Man soll sich hüten, sich in eine Stimmung hineinzuversetzen, in der man jede Abweichung von der eigenen Meinung als Hochverrat betrachtet. In den Kundgebungen der polnischen Presse ist unendlich viel gemachtes Wesen. Die Regierung mag bei der Handhabung des Gesetzes so fest wie möglich sein. Anderseits darf man nicht dahin wirken, daß die Polen das Gefühl des Martyriums bekommen; man muß alles vermeiden, was die Polen zu der Auffassung führt, daß sie bekämpft werden, weil sie Polen sind, sie müssen das Gefühl bekommen, daß sie gleichberechtigt sind. Um das Deutschtum nachhaltig zu stärken, genügt es nicht, die materiellen Interessen zu fördern, es müssen auch die idealen Güter mehr gepflegt werden. Es müssen Kultureinrichtungen geschaffen werden, die Gemüt und Phantasie beschäftigen. Es muß mehr als bisher für Einrichtung von Museen und wissenschaftlichen Instituten geschehen. Alles, was auf diesem Gebiet geschaffen wird, wird goldene Früchte tragen.

Erster Bürgermeister Dr. **Kersten**-Thorn bemerkt, daß er das Gesetz mit Freuden begrüße. Redner hofft, daß der Ministerpräsident sein Versprechen einlösen werde und diesem Wechsel noch andere folgen lassen werde. Namentlich müsse man darauf Bedacht nehmen, neben einer Stärkung des platten Landes auch die Städte nicht zu vergessen.

Fürst **Anton Radziwill:** Einer der Hauptgesichtspunkte der Regierung sollte sein, auf das friedliche Nebeneinanderleben der verschiedenen Nationalitäten hinzuarbeiten. Ich bin überzeugt, daß die uns hier vorgelegten Maßregeln nicht gerade dazu beitragen werden, sondern die Gegensätze zwischen Polen und Deutschen vielmehr noch verschärfen werden.

Der Gesetzentwurf wird nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Montag: Kleine Vorlagen. — Schluß 6 Uhr.

Rechtspflege.

† **„In polnischer Sprache“** war kürzlich ein Schöffengerichts-Bericht überschrieben, in dem mitgeteilt wurde, daß Direktor v. Loga wegen Beamtenbeleidigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt sei. Dazu sendet uns dieser Herr jetzt folgende Berichtigung:

> Nicht ich, sondern mein Vetter, russischer Untertan, welcher der deutschen Sprache überhaupt nicht mächtig ist, hat auf der Durchreise in Thorn ein Billet in polnischer Sprache verlangt. Als ich erfuhr, daß er dasselbe nicht hat erhalten können, da er sich mit dem Beamten verständlich zu machen nicht in der Lage war, und daß er sich der bezahlten Vermittelung eines Droschkenkutschers hat bedienen müssen, um seine Reise fortzusetzen, interpellierte ich deswegen höflich den betreffenden Beamten am Schalter und erhielt zur Antwort, daß es den Beamten überhaupt verboten wäre, polnisch zu sprechen. Meine Aeußerung, daß es hier eine nette Civilisation gäbe (andere Worte sind aus meinem Munde nicht gefallen) brachte mir eine Beleidigungs-Klage vor dem Schöffengericht, welches mich freigesprochen hat. Nicht ich, sondern die Staatsanwaltschaft hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Wenn Herr v. Loga sich wirklich weiter nichts hat zu schulden kommen lassen, so ist das Urteil (50 M.) hart. Aber freilich: ce le ton qui fait la musique.

Kleines Feuilleton.

Der Kaiser unter Polizeiaufsicht. Demselben Kaiser, der das beherzigenswerte Wort vom Zeitalter des Verkehrs geprägt hat, glauben gewisse Leute einen Gefallen damit zu tun, wenn sie ihm zu Ehren im Großstadtverkehr eine durch nichts motivierte Hemmung eintreten lassen. Wie der freisinnigen „Berl. Ztg.“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, dürfen die Hochbahnzüge in Berlin nicht verkehren, wenn der Kaiser einen unter der Hochbahn hindurchführenden Viadukt passiert. Besonders häufig benutzt der Kaiser bekanntlich wegen der Truppenübungen auf dem Tempelhofer Felde die Belle-Alliance-Brücke. Die unmittelbar neben dieser gelegene Hochbahnstation „Hallesches Thor“ hat deshalb einen besonderen Dienst eingerichtet, um die Züge zum Stehen zu bringen, sobald die Ankunft des Kaisers zu erwarten ist. Ein Schutzmann eilt jedesmal mit der Meldung auf den Bahnhof, daß der Kaiser in Kürze den Hochbahnviadukt passieren werde. Hierauf bringt man dann die ankommenden Züge durch das übliche Notsignal, Schwenken einer roten Fahne, zum Stehen. Die Züge dürfen ihre Fahrt auch nicht eher fortsetzen bis der Kaiser den Viadukt passiert hat. Natürlich erleidet infolge des Stillstehens der Züge am Halleschen Thor, das immerhin einige Minuten dauern kann, der Verkehr auch auf der gesamten übrigen Hochbahn eine Stockung. Der Kaiser selbst weiß offenbar von dieser zarten Rücksichtnahme auf seine Nerven nichts. Liebt er es doch überhaupt nicht, daß von der Polizei allzuviel Umstände gemacht werden, wenn er sich irgendwo in der Stadt zeigt. Erheiternd wirken in dieser Hinsicht namentlich die bei jedem Austritt des Kaisers sorgsam in den Hauseingängen versteckten Schutzmannsaufgebote. Da der Kaiser aber nicht gern zu viel „Blaue“ in seiner Nähe sieht, so erblickt man, wenn der Monarch irgendwo erwartet wird, immer nur verhältnismäßig wenig Schutzleute. Sobald aber der Kaiser den Rücken gewandt hat, entleeren sich plötzlich die benachbarten Hausflure, von denen ein einzelner oft bis zu zwanzig uniformierte Hüter der Ordnung beherbergte. Solch ein in der Reserve gehaltenes Massenaufgebot von Schutzleuten mag ängstlichen Revolution und Aufruhr witternden Gemütern immerhin noch plausibel erscheinen. Für die Unterbrechung des Hochbahnverkehrs wegen des Vorbeireitens des Kaisers aber dürfen wohl nur die Urheber dieser seltsamen Maßregel Verständnis haben.

Die patriotische Hochzeitsreise. Anläßlich des bevorstehenden Kaiserbesuches in Aachen berichtet die „Aach. Allg. Ztg.“ über ein Abenteuer, das kürzlich einem Aachener zustieß, der sich mit seiner jungen Frau auf der Hochzeitsreise befand. Das Paar war auf seiner Rheintour bis Frankfurt gekommen, als die junge Frau in einer Zeitung die Nachricht fand; der Kaiser werde am nächsten Tage in Wiesbaden eintreffen. Flugs bat sie ihren Mann, doch mit ihr nach Wiesbaden zu reisen, eine Bitte, die der gefällige Gatte um so lieber zu erfüllen versprach, als auch er den Kaiser noch nie gesehen hatte. Der nächste Morgenzug führte das Paar dem Ziel seiner Wünsche entgegen. Kaum jedoch sind beide auf dem Wiesbadener Bahnhof ausgestiegen, als unversehens ein schwarzgekleideter Herr dem jungen Ehemann auf die Schulter tippt und ihm zuflüstert: „Bitte, kommen Sie einmal mit mir!“ „Nanu, was wollen Sie denn von mir?“ fragt unser Freund erstaunt. „Das werden Sie schon erfahren!“ lautete die Antwort. „Es fällt mir aber gar nicht ein, mit Ihnen zu gehen: ich bin hier, um mit meiner jungen Frau den Kaiser einmal zu sehen, und da wird es Zeit, daß wir uns schleunigst einen Platz sichern. Wer sind Sie übrigens?“ „Ich bin Kriminalbeamter und ersuche Sie nochmals dringend, unverzüglich mit mir zu gehen; sonst muß ich Hilfe requirieren, und dann dürfte die Sache doch unangenehm für Sie werden!“ erwiderte der Fremde unter Vorzeigung seiner Legitimation. Als die junge Frau erfährt, daß es sich um die Verhaftung ihres Mannes handelt, bricht sie in Tränen aus und fleht mit dem ganzen Aufgebot ihrer weiblichen Beredtsamkeit den geheimen Diener der heiligen Hermandad an, von ihrem Mann abzulassen, der ein unbescholtener Bürger Aachens sei, da es sich offenbar um einen Irrtum handeln müsse. Selbst die eingehendste Darlegung aller Civilverhältnisse hilft unserem Paare nichts. Wohl oder übel mußten die beiden mit zur Polizeiwache wandern, wo ihnen bedeutet wurde, so lange in einem kleinen Raume Platz zu nehmen, bis man sich bei der Aachener Polizeibehörde von der Richtigkeit ihrer Angaben überzeugt habe. Ob nun der Draht von Wiesbaden nach Aachen gerade an diesem Tage über alle Maßen stark benutzt wurde, oder ob die Anfrage nicht sofort nach Aachen erging, — genug, es vergingen 6 volle Stunden, ehe die Behörde die gewünschte Auskunft aus Aachen besaß und den in Haft Befindlichen, denen diese Zeit wie eine Ewigkeit vorkam, und bei denen obendrein Hunger und Durst einen bedenklichen Grad erreicht hatten, die schmerzlich vermißte Freiheit ankündigen ließ. Auf Befragen gab der diensttuende Kommissar dann dem Ehemanne an, seine Verhaftung sei erfolgt, weil man in ihm einen gefährlichen Anarchisten vor sich zu haben geglaubt hätte. Als Beweis für diese Möglichkeit zeigte er dem Ehemanne eine Photographie, die nach Aussagen des Ehepaares mit dem Ehemann aber nicht die geringste Aehnlichkeit hatte.

Lustige Ecke.

Boshaft. A. (bei seinem Freund, einem Schriftsteller, zu Besuch): „Warum schlugst Du denn Deinen Jungen vorhin?“ B. „Weil er in der Schule einen Tadel wegen Abschreibens bekommen hat.“ A.: „Darum solltest Du den Jungen aber nicht schlagen, das arme Kind kann ja erblich belastet sein.“

Mädchen-Schätzung. „Fräulein Amalie, die Rose, die Sie tragen, hat Ihnen gewiß der Herr Major geschenkt?“ „O nein! Viel höher!“ „Wer denn?“ „Der Herr Leutnant!“

Herausgeredet. Gattin: „Nicht wahr, liebes Männchen, im nächsten Jahr gehen wir aber bestimmt in die Schweiz? Hast Du denn gar keinen Sinn für schöne Berg'?“ Gatte (Berliner): „Hm, wenn ich Schöneberg sehen will, kann ich in Berlin bleiben.“

Läßt tief blicken. „Mit diesem Lämpchen leuchtet die Tochter des Hauses immer die Treppe hinab!“ Köchin: „Ja, das löscht bei dem geringsten Luftzuge aus.“

Boshaft. „Das junge Fräulein Meyer ist ganz die Mama, bis auf die spitze Zunge.“ „Ja, der getreue Abklatsch.“

† **Vor dem Disziplinar-Gerichtshof** in Bromberg hatte sich der Oberpostdirektionsassistent Beich aus Inowrazlaw zu verantworten, weil er seine Stellung als Beamter dadurch gemißbraucht haben soll, daß er übermäßig Schulden machte und sich von Unterbeamten, deren Vorgesetzter er war, Geld lieh, daß er ferner seinen Vorgesetzten gegenüber sich nicht respektvoll benahm und während der Dienststunden in Gegenwart der Telegraphistinnen sich nicht anständig und seiner Stellung angemessen betrug, u. a. unanständige Bemerkungen und Redensarten machte. Das Urteil lautete auf Dienstentlassung mit Gewährung der 4/5 Pension auf 5 Jahre.

† **Heiratsschwindler.** Das Landgericht in Stettin verurteilte den 41jährigen Kaufmann Paul Plaschke, der mit einer recht betagten Heiratslustigen (sie zählte 50 Jahre) nähere Beziehungen angeknüpft, ihr die Ehe versprochen und ihr dann nach und nach ihre Ersparnisse in Höhe von 5270 Mk. abgeschwindelt hatte, zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust.

† **Probst Jaskowski** hatte sich in Gnesen wegen Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen zu verantworten. Am 25. März v. Js. hat der Angeklagte in einer in Kletzko stattgehabten polnischen Volksversammlung, einen Vortrag gehalten, in dem er sich dieses Vergehens schuldig gemacht hatte. Die Strafkammer verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 300 M. Auf Revision des Angekl. hat das Reichsgericht das Urteil der Strafkammer aufgehoben.

† **Wegen unberechtigter Führung des Doktortitels** hatte sich von dem Schöffengericht in Insterburg der freisinnige Redakteur Gottfried Ludwig Kattentidt zu verantworten. Für den nicht erschienenen Angekl. gab sein Verteidiger folgende Erklärung ab: Herr Kattentidt sei bis 1897 in der Schweiz wohnhaft gewesen, wo er den Doktortitel nicht führte. Im Juli 1897 sei er nach Hof in Bayern verzogen; hier habe er sich auf dem Stadtmagistrat in den amtlichen Familienbogen als Dr. phil. eingetragen und diesen Titel bis zu seinem Abzuge geführt. K. glaubte dazu berechtigt zu sein, weil in der Schweiz sämtliche Journalisten Doktor genannt werden und er daselbst journalistisch tätig gewesen sei. Im Jahre 1898 habe K. der Universität Chicago eine Doktorarbeit nebst 100 Dollar eingesandt, worauf diese ihn zum Doktor ernannte. Daß man sich auf eine diesbezügliche Promotion bei uns in Deutschland nicht Doktor nennen dürfe, habe Herr Kattentidt nicht gewußt. Im Mai 1899 sei K. nach Insterburg verzogen. Als er wegen unberechtigter Führung des Doktortitels unter Anklage gestellt, habe er den Kultusminister um die Erlaubnis zur Führung des Doktortitels gebeten, sei indes abschlägig beschieden worden. — Eine Doktorarbeit oder ein Diplom konnte der Verteidiger nicht vorlegen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft führte aus, daß Herr Kattentidt sich Chefredakteur nenne, sich täglich Urteile über politische, militärische und andere Vorgänge erlaube und deshalb auch genau wissen müsse, daß ihm nicht das Recht zur Führung des Doktortitels zustehe. Dieser Ansicht war auch das Schöffengericht und verurteilte den Angekl. zu 50 Mk. Geldstrafe.

† **à la Sternberg.** Der Lokomotivheizer M. Schulist, früher in Neustettin, zuletzt in Stralsund in Stellung und seit 14. Februar d. Js. in Untersuchungshaft zu Köslin hatte sich wegen wissentlich falscher Anschuldigung vor der Strafkammer zu verantworten. Es wird ihm zur Last gelegt, durch eine fortgesetzte Handlung in etwa 20 Eingaben an das Amtsgericht in Neustettin die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter in Köslin wider besseres Wissen Anzeigen erstattet zu haben, nach denen sich einige 50 männliche Personen unter Beihilfe seiner Ehefrau an den kleinen Mädchen dieser Eheleute sittlich vergangen hätten, während etwa 20 weibliche Personen schwer Leben und Gesundheit der Schulistschen Kinder gefährdet haben sollen. 5 Sachverständige über den Geisteszustand des Angeklagten waren zugegen. Es waren 107 Zeugen geladen. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Oeffentlichkeit für die ganze Verhandlung ausgeschlossen. (In dieser Angelegenheit waren s. Zt. 9 angesehene Bürger aus Neustettin mehrere Wochen in Untersuchungshaft, in der sogar ein Kaufmann verstorben ist.) Die ärztlichen Sachverständigen erklärten übereinstimmend: der Angeklagte leidet an Geisteskrankheit. Deshalb erfolgte seine Freisprechung.

† **Der Spionage-Prozeß** gegen den Oberstleutnant Grimm zu Warschau ist beendet. Nachdem Zeugenverhöre von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr gedauert und um 7 Uhr abends die Plaidoyers begonnen hatten, wurde um 11 Uhr abends das Urteil gefällt. Grimm wurde unter Verlust aller Rechte zu 12jähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Gemeinde-, Schul- und Kirchenwesen.

00 **Die Universität Berlin** zählt im Sommerhalbjahr 5676 Studierende, gegen 5101 im vorigen Sommer und 6471 im letzten Winter. Die theologische Fakultät hat 274 Studierende, die juristische 1714, die medizinische 1018, die philosophische 2670. Interessant sind die Angaben, wie viele Realabiturienten bis jetzt von den neuen Berechtigungen Gebrauch machen. Unter den 1353 preußischen Studenten der juristischen Fakultät sind nach der „Post“ 1316 Gymnasial-Abiturienten, hingegen nur 31 mit Reifezeugnissen von Realgymnasien und 6 von Oberrealschulen. Unter den 632 Medizinern aus Preußen haben 615 Gymnasien und nur 17 Realgymnasien durchgemacht. Von den 1925 Preußen der philosophischen Fakultät haben 1058 Reifezeugnisse von Gymnasien, 332 von Realgymnasien, 100 von Oberealschulen, 435 sind noch ohne Reifezeugnis. Außer den Immatrikulierten sind noch 5460 Personen zum Hören der Vorlesungen berechtigt, sodaß sich eine Gesamtzahl von 11 136 Hörern ergibt. Von Frauen sind 370 zugelassen, gegen 303 im Vorjahre.

00 **Zur Verdeutschung der Kirchensprache** schreibt das „evang. Kreisblatt“: Bis vor etwa 100 Jahren hießen die Superintendenten Erzpriester oder auch Kreisinspektoren. Der Name gefiel nicht, er sollte durch einen anderen ersetzt werden. Die Bezeichnung Probst und Dekan wurden abgewiesen, weil in der kath. Kirche die einem Kreise vorgesetzten Geistlichen also heißen. Man dachte an den Namen Inspektor; er erschien zu ordinär, weil die gewöhnlichen Gutsverwalter auch so tituliert werden. Da wurde der früher hier und dort üblich gewesene Titel Superintendent wieder hervorgeholt, dieselbe Bezeichnung, der in Amerika die Aufsichtsbeamten bei der Eisenbahn führen. Den Namen kennt das Volk mittlerweise zwar, aber ihn richtig zu schreiben wird es wohl niemals lernen. Die Silbenzahl wächst, wenn das Wort erweitert wird zu Diözesansuperintendent, zu Generalsuperintendent, wie man einen solchen in der Provinz Brandenburg hat, und dann gar zu Vizegeneralsuperintendenturverweser.

00 **Die Orthographie-Reform** kam auf der Hauptversammlung der „Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft“ und des „Deutschen Buchdruckervereins“ in Konstanz zur Verhandlung. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die in Konstanz versammelten Buchdruckereibesitzer des deutschen Reichs, Oesterreichs und der Schweiz begrüßen die durch die Orthographiekonferenz vom Juli 1901 geschaffene Grundlage für die Durchführung einer einheitlichen deutschen Rechtschreibung. Sie beschließen in ihren Druckereien eine Rechtschreibung zur Durchführung zu bringen, die sich der Duden'schen mit der Modificierung anschließt, daß die in den Regeln bevorzugte Schreibung und ebenso die im Wörterverzeichnis zuerst gegebene Schreibung als maßgebend erklärt wird. Die Herausgabe eines nur diese Vorschrift und Schreibungen enthaltenden Regeln- und Wörterverzeichnisses unter Leitung des Herrn Geheimrats Duden durch die drei Vereine soll als eine Rechtschreibung der Buchdruckereien deutscher Sprache in die Wege geleitet werden.“

Der Wunsch nach einem kollegialen Zusammengehen der Buchdrucker-Prinzipalsvereinigungen der drei Staaten machte sich rege; es wird das weitere veranlaßt werden.

00 **Steuerpflicht der Lehrer.** Bis jetzt wurden von der Steuerbehörde Alterszulagen, die im Laufe des Jahres dem Lehrer zufielen, in manchem Falle zur Versteuerung heranzogen. Die unteren Gerichte entschieden in einem Specialfall zu Ungunsten des Lehrers. Das Kammergericht entschied jedoch anders unter Hinweis auf § 7 des Gesetzes vom 3. März 1897, betr. das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen, wonach den Lehrern und Lehrerinnen ein rechtlicher Anspruch auf Neugewährung einer Alterszulage nicht zusteht. Bevor letztere dem Lehrer nicht zugesichert ist, kann eine Besteuerung nicht erfolgen. Wer also vom 1. Juli ab eine weitere Alterszulage bezieht, braucht die entsprechende Erhöhung nicht zur Besteuerung heranziehen zu lassen, wenn nicht vor Ueberreichung des Steuerzettels der Bezug der erhöhten Alterszulage gewährleistet ist. Wir fügen hinzu, daß man auch in unserer Provinz vielfach geglaubt hat, die neue Alterszulage für den betreffenden Jahresabschnitt zur Versteuerung heranziehen zu dürfen.

Vom Büchertisch.

Von den bewährten Koch'schen Sprachführern erschien soeben Bd. XII. Polnisch in vierter Auflage. Gebunden 2,50 M. (C. A Koch's Verlag, Dresden und Leipzig). Wer in die Lage kommt sich die Kentnis der polnischen Umgangssprache aneignen zu müssen, findet in diesem Buche einen zuverlässigen Lehrer.

Handelsnachrichten.

Amtliche Notirungen der Danziger Börse.

Danzig, den 14. Juni 1902.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer dem notirten Preise 2 M. per Tonne sogenannte Factorei-Provisionusancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet

Weizen per Tonne von 1000 Kilogr.
transito roth 761 Gr. 130 Mk.

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr
inländischer 145—158 Mk.

Kleie per 50 Kilogr. Weizen- 4,12½—4,45 Mk.
Roggen- 5,05—5, 0 Mk.

Der Börsen-Vorstand.

Amtl. Bericht der Bromberger Handelskammer.

Bromberg, 1 . Juni 1902.

Weizen 172—176 Mk., abfallende blauspitzige Qualität unter Notiz, alter Winterweizen ohne Handel.

Roggen, gesunde Qualität 142—146 Mk.

Gerste nach Qualität 120—124 Mk.
gute Brauwaare ohne Handel

Futtererbsen 145—158 Mk.

Kocherbsen nom. 180—185 Mark.

Hafer 140—147 Mk., feinster über Notiz.

Der Vorstand der Producten-börse.

Lustige Ecke.

Station München! A: „Do schaug her: lauter fesche Berlinerinnen! Mogst do einisteig'n!„ B: „Freili! In dem Fall bin i für die preißisch-bayrische Eisenbahngemeinschaft!“

Sehr ergreifend heißt es im „N. Wiener Abendblatt“ vom 9. Mai im Roman: „Ein Menschenfreund“: „So weit wäre für Herrn Wildover alles eitel Sonnenschein gewesen, allein um seinen Nacken hing der Mühlstein einer verlassenen Geliebten —“

Druck und Verlag der Ratsbuchdruckerei Ernst Lambeck, für die Redaktion verantwortlich: Curt Losch; beide in Thorn.